

Absichtserklärung

zur Durchführung der Volksabstimmungen über die institutionelle Zukunft der interjurassischen Region im Kanton Jura und im Berner Jura

Der Staatsrat des Kantons Jura
und
der Regierungsrat des Kantons Bern

haben den gemeinsamen Willen, die Jurassierinnen und Jurassier sowie die Bernjurassierinnen und Bernjurassier über die institutionelle Zukunft der Region zu befragen. Die Konsultationen haben die demokratischen Werte einzuhalten und werden unter den Voraussetzungen erfolgen, die in dieser Absichtserklärung beschrieben sind.

Artikel 1 Verpflichtung beider Kantonsregierungen

Im Geiste des interjurassischen Dialogs und vom Wunsch geleitet, die Jurafrage einer demokratischen Lösung zuzuführen, verpflichten sich der Staatsrat des Kantons Jura und der Regierungsrat des Kantons Bern, dafür zu sorgen, dass sich die Bevölkerungen des Kantons Jura und des Berner Juras über ihre institutionelle Zukunft äussern können, und unmittelbar nach den erfolgten Volksabstimmungen die zur Erfüllung des Volkswillens erforderlichen Schritte einzuleiten.

Artikel 2 Ziel

Die Abstimmungen haben zum Ziel, den Jurakonflikt politisch zu lösen. Sie sind dergestalt konzipiert, dass sie die wesentlichen, in diesem Zusammenhang noch offenen Fragen beantworten können. Sie erlauben es der betroffenen Bevölkerung, unter den bestmöglichen Voraussetzungen über ihre institutionelle Zukunft zu entscheiden.

Artikel 3 Abstimmungsvorlagen

Beide Kantonsregierungen führen jeweils auf Regionsebene eine Abstimmung durch: eine im Verwaltungskreis Berner Jura und eine im Kanton Jura.

In beiden Abstimmungen geht es darum, ob ein Verfahren zur Gründung eines neuen, aus dem Gebiet des heutigen Berner Juras sowie aus dem Gebiet des heutigen Kantons Jura bestehenden Kantons einzuleiten ist.

Beide Abstimmungen werden nach dem im jeweiligen Kanton geltenden Recht organisiert. Sie haben dieselbe Materie zu betreffen, können sich aber in ihrer Form unterscheiden.

Im Kanton Jura wird über eine Änderung der Kantonsverfassung abgestimmt, sofern das jurassische Kantonsparlament dieser Verfassungsänderung zugestimmt hat. Gegenstand der Änderung ist ein neuer Artikel 139 mit folgendem Wortlaut: *«Le Gouvernement est habilité à engager un processus tendant à la création d'un nouveau canton couvrant les territoires du Jura bernois et de la République et Canton du Jura, dans le respect du droit fédéral et des cantons concernés.»*¹

¹ «Die Regierung ist ermächtigt, unter Beachtung des Bundesrechts und der beiden betroffenen Kantone ein Verfahren zur Gründung eines neuen, aus dem Berner Jura und dem Kanton Jura bestehenden Kantons einzuleiten.»

Die Abstimmungsfrage, die den jurassischen Stimmberechtigten vorgelegt wird, lautet: *«Acceptez-vous la modification de la Constitution cantonale du [Datum] ?»*²

Im Berner Jura sollen die Stimmberechtigten in einer regionalen Konsultativabstimmung folgende Frage beantworten: *«Voulez-vous que le Conseil-exécutif engage un processus tendant à la création d'un nouveau canton couvrant les territoires du Jura bernois et de la République et Canton du Jura, dans le respect du droit fédéral et des cantons concernés?»*.³

«Wollen Sie, dass der Regierungsrat unter Beachtung des Bundesrechts und der beiden betroffenen Kantone ein Verfahren zur Gründung eines neuen, aus dem Berner Jura und dem Kanton Jura bestehenden Kantons einleitet?»

Die Abstimmungsbotschaft, die sich an die Stimmberechtigten im Kanton Jura und im Berner Jura richtet, beschreibt den entsprechenden Prozess. Sie enthält eine diesbezügliche Information über die Arbeiten der Interjurassischen Versammlung über die institutionelle Zukunft der Region (Kurzfassung des Schlussberichts vom 22.04.2009).

Falls im Rahmen dieser Abstimmungen mindestens eine der beiden Regionen es ablehnt, dass ihre Kantonsregierung das besagte Verfahren einleitet, wird das Vorhaben, einen neuen Kanton zu gründen, fallengelassen.

Artikel 4 Verfahren

Im Kanton Jura legt die Regierung dem Parlament eine Verfassungsänderung zur Genehmigung vor (neuer Artikel 139). Nach Annahme durch das Parlament wird die Verfassungsänderung den jurassischen Stimmberechtigten zur Abstimmung vorgelegt (obligatorische Volksabstimmung).

Im Kanton Bern legt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine Änderung des Sonderstatutgesetzes vor, mit der die Durchführung einer regionalen Konsultativabstimmung über die institutionelle Zukunft der Region bewilligt wird.

Sofern der Grosse Rat dieser Gesetzesänderung zustimmt und sie im Rahmen eines allfälligen fakultativen Referendums vom Berner Stimmvolk nicht abgelehnt wird, führt der Regierungsrat die besagte Abstimmung im Berner Jura durch.

Beide Kantonsregierungen führen die Verfahren koordiniert durch. Lehnt ein Kantonsparlament die Vorlage ab, nehmen die Kantonsregierungen Gespräche auf, um sich über das weitere Vorgehen zu einigen.

Artikel 5 Termine

Beide Abstimmungen werden gleichzeitig durchgeführt.

Artikel 6 Abstimmungserläuterungen

Die beiden Kantonsregierungen koordinieren den Inhalt der Abstimmungserläuterungen, die den Stimmberechtigten vor den Abstimmungen zugestellt werden.

Artikel 7 Abstimmungskampagne

Beide Kantonsregierungen verpflichten sich, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um zu gewährleisten, dass die Abstimmungskampagnen in einem ruhigen und fairen Klima stattfinden.

² «Nehmen Sie die Verfassungsänderung vom [Datum] an?»

³ «Wollen Sie, dass der Regierungsrat unter Beachtung des Bundesrechts und der beiden betroffenen Kantone ein Verfahren zur Gründung eines neuen, aus dem Berner Jura und dem Kanton Jura bestehenden Kantons einleitet?»

Artikel 8 Kommunikation der Abstimmungsergebnisse

Beide Kantonsregierungen koordinieren die Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse sowie ihre offiziellen Verlautbarungen.

Artikel 9 Recht der Gemeinden

Der Regierungsrat verpflichtet sich, auf Gesuch einer bernjurassischen Gemeinde hin, d. h. auf Gesuch, das gemäss geltendem Gesetz (Art. 53 Abs. 3 der Bundesverfassung, bernisches Gemeindegesetz und kommunale Organisationsreglemente) innert zwei Jahren seit den Abstimmungen gemäss Artikel 3 und 4 dieser Absichtserklärung eingereicht wurde, dem Grossen Rat so früh wie möglich geeignete Rechtsgrundlagen vorzulegen, um die Durchführung von Gemeindeabstimmungen zu ermöglichen, bei denen es um den Übertritt der fraglichen Gemeinde(n) zum Kanton Jura geht bzw. umgekehrt um den Verbleib der fraglichen Gemeinde(n) im Kanton Bern, falls sich der Berner Jura mehrheitlich für die Teilnahme an der Gründung eines neuen Kantons entschieden haben sollte.

Artikel 10 Abstimmungsfolgen

Die Auswirkungen der Abstimmungen hängen von deren Ergebnis ab. Zwei Szenarien kommen in Betracht:

➤ Annahme 1

Sind beide Bevölkerungsgruppen damit einverstanden, ihren jeweiligen Kantonsregierungen die Kompetenz zu erteilen, ein Verfahren zur Gründung eines neuen Kantons einzuleiten, hat dies folgende Konsequenzen:

- Beide Kantonsregierungen unternehmen unverzüglich die Schritte zur Gründung eines neuen Kantons. Sie verfassen eine interkantonale Vereinbarung, die das weitere Verfahren beschreibt. Die Vereinbarung sieht die Wahl eines Verfassungsrats vor. Sie wird in beiden Kantonen dem obligatorischen Referendum unterstellt. Nehmen beide Kantonsbevölkerungen die Vereinbarung an, führen die beiden Kantonsregierungen im Berner Jura und im Kanton Jura die Wahl eines Verfassungsrats durch.
- Der Verfassungsrat erarbeitet die Verfassung des neuen Kantons. Der Wortlaut wird der betroffenen Bevölkerung zur Genehmigung vorgelegt. Stimmt diese der Vorlage zu, wird sie der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt.
- Die Gemeinden des Berner Juras können innert zwei Jahren nach den Abstimmungen gemäss Artikel 3 und 4 dieser Absichtserklärung den Regierungsrat darum ersuchen, dem Grossen Rat Rechtsgrundlagen vorzulegen, welche die Durchführung von Gemeindeabstimmungen über den Verbleib dieser Gemeinden im Kanton Bern ermöglichen.

➤ Annahme 2

Lehnt mindestens eine der beiden regionalen Bevölkerungsgruppen es ab, ihrer Kantonsregierung die Kompetenz zu erteilen, ein Verfahren zur Gründung eines neuen Kantons einzuleiten, hat dies folgende Konsequenzen:

- Beide Kantonsregierungen nehmen zur Kenntnis, dass die Bevölkerung keine Gründung eines neuen, aus dem heutigen Berner Jura und dem heutigen Kanton Jura bestehenden Kantons will.
- Die Gemeinden des Berner Juras können innert zwei Jahren nach den Abstimmungen gemäss Artikel 3 und 4 dieser Absichtserklärung den Regierungsrat darum ersuchen, dem Grossen Rat Rechtsgrundlagen vorzulegen, welche die Durchführung von Gemeindeabstimmungen über den Übertritt dieser Gemeinden zum Kanton Jura ermöglichen.

chen. Die beiden Kantonsregierungen leiten gegebenenfalls das Verfahren für einen Kantonswechsel dieser Gemeinden gemäss Artikel 53 Absatz 3 der Bundesverfassung ein.

Artikel 11 Ergebnis der Verfahren

Der Jurakonflikt im Sinne der Vereinbarung vom 25. März 1994 gilt als gelöst, wenn die in der vorliegenden Erklärung beschriebenen Verfahren abgeschlossen sind. Die Vereinbarung vom 25. März 1994 wird dann unwirksam, und die Interjurassische Versammlung wird aufgelöst. Kommt es zu keiner Kantonsneugründung, werden die interjurassischen Beziehungen im Sinne der freundeidgenössischen Grundsätze fortgeführt. Beide Kantonsregierungen führen den qualitativ hochstehenden Dialog weiter.

Artikel 12 Gegenseitige Verpflichtung

Sollte es im einen oder anderen Kanton bei der Anwendung der vorliegenden Erklärung zu grösseren Schwierigkeiten kommen, verpflichten sich beide Kantonsregierungen bereits hier und heute, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, um allfällige Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg zu räumen.

Bern, 20. Februar 2012

**IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES
DES KANTONS BERN**

**IM NAMEN DES STAATSRATES
DES KANTONS JURA**

Der Präsident:

Der Vizestaatsschreiber:

Die Präsidentin:

Der Staatsschreiber:

Bernhard Pulver

Michel Walthert

Elisabeth
Baume-Schneider

Sigismond Jacquod

DECLARATION D'INTENTION
PORTANT SUR L'ORGANISATION DE VOTATIONS POPULAIRES
DANS LA REPUBLIQUE ET CANTON DU JURA ET LE JURA BERNOIS
CONCERNANT L'AVENIR INSTITUTIONNEL DE LA REGION

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura

et

le Conseil-exécutif du canton de Berne

ont la volonté commune de consulter la population du canton du Jura et celle du Jura bernois sur l'avenir institutionnel de la région. Les consultations respecteront les valeurs démocratiques et se dérouleront dans les conditions décrites dans la présente déclaration d'intention.

Article 1 Engagement des deux gouvernements

Attachés au dialogue interjurassien et désireux d'apporter une solution démocratique à la Question jurassienne, le Gouvernement de la République et Canton du Jura et le Conseil-exécutif du canton de Berne s'engagent à ce que la population du Jura et du Jura bernois puisse se prononcer sur son avenir institutionnel et à entreprendre immédiatement après les votations les démarches nécessaires à l'accomplissement de la volonté populaire.

Article 2 Objectif

Les votations ont pour objectif de régler politiquement le conflit jurassien. Elles sont conçues de manière à apporter une réponse aux interrogations essentielles qui subsistent dans ce cadre. Elles permettent à la population de choisir son avenir institutionnel dans les meilleures conditions possibles.

Article 3 Objets des votations

Les deux gouvernements cantonaux organisent deux votations à l'échelle de la région: l'une dans l'arrondissement administratif du Jura bernois et l'autre dans la République et Canton du Jura.

Ces votations portent sur l'opportunité d'engager un processus visant à créer un nouveau canton réunissant les territoires de l'actuel Jura bernois et de l'actuelle République et Canton du Jura.

Les deux votations sont organisées conformément au droit en vigueur dans chacun des cantons. D'une même portée sur le fond, elles peuvent différer par leur forme.

Dans la République et Canton du Jura, la votation porte sur une modification de la Constitution cantonale, si elle est acceptée par le Parlement. Cette modification consiste en l'ajout d'un article 139 qui a la teneur suivante: « Le Gouvernement est habilité à engager un processus tendant à la création d'un nouveau canton couvrant les territoires du Jura bernois et de la République et Canton du Jura, dans le respect du droit fédéral et des cantons concernés. »

La question posée aux citoyens lors de la votation est la suivante: « Acceptez-vous la modification de la Constitution cantonale du [date] ? »

Dans le Jura bernois, une votation régionale de type consultatif permet aux citoyens de répondre à la question suivante: « Voulez-vous que le Conseil-exécutif engage un processus tendant à la création d'un nouveau canton couvrant les territoires du Jura bernois et de la République et Canton du Jura, dans le respect du droit fédéral et des cantons concernés? »

Le message adressé aux citoyens dans le canton du Jura et dans le Jura bernois décrit le processus dont il est question. Il contient une information contextuelle sur les travaux de l'Assemblée interjurassienne consacrés à l'avenir institutionnel de la région (synthèse du rapport final du 22.04.2009).

Si, à l'occasion de ces votations, au moins l'une des populations régionales refuse que les exécutifs cantonaux engagent ledit processus, le projet de créer un nouveau canton est abandonné.

Article 4 Procédures

Dans le canton du Jura, le Gouvernement soumet à l'approbation du Parlement une modification de la Constitution cantonale (ajout d'un article 139). Après adoption par le Parlement, la modification est soumise à votation populaire (référendum obligatoire).

Dans le canton de Berne, le Conseil-exécutif soumet au Grand Conseil une modification de la loi sur le statut particulier du Jura bernois autorisant l'organisation d'une votation populaire régionale de type consultatif portant sur l'avenir institutionnel de la région.

En cas d'acceptation par le Grand Conseil, et dans la mesure où la modification de la loi n'est pas rejetée par le peuple bernois lors d'un référendum facultatif, le Conseil-exécutif organise ladite votation dans le Jura bernois.

Les gouvernements appliquent les procédures de façon coordonnée. Si un législatif cantonal s'oppose au projet, les gouvernements mènent des pourparlers pour convenir de la suite à donner au processus.

Article 5 Calendrier

Les deux votations sont organisées simultanément.

Article 6 Messages aux citoyens

Les deux gouvernements coordonnent le contenu des messages adressés aux citoyens avant les votations.

Article 7 Campagne avant les votations

Les deux gouvernements s'engagent à faire tout ce qui est en leur pouvoir pour garantir que les campagnes précédant les votations se déroulent dans un climat serein et empreint de loyauté.

Article 8 Communication des résultats

Les deux gouvernements coordonnent la communication des résultats des votations ainsi que leurs réactions officielles.

Article 9 Droit des communes

Sur demande d'une commune du Jura bernois présentée conformément au droit en vigueur (article 53 alinéa 3 de la Constitution fédérale, Loi sur les communes bernoises et règlements communaux d'organisation) dans les deux ans qui suivent les votations prévues aux articles 3 et 4 de la présente déclaration, le Conseil-exécutif s'engage à proposer dans les meilleurs délais au Grand Conseil les bases légales appropriées pour permettre l'organisation de votations communales ayant pour objet le rattachement des communes en cause à la République et Canton du Jura, respectivement et réciproquement, le maintien des communes en cause dans le canton de Berne dans le scénario où le Jura bernois, à la majorité de sa population, aurait décidé de participer à la création d'un nouveau canton.

Article 10 Conséquences des votations

Les conséquences des votations dépendent du résultat de ces dernières. Deux hypothèses sont à considérer:

➤ Hypothèse n° 1

Si les deux populations acceptent de donner aux gouvernements la compétence d'engager un processus visant à créer un nouveau canton, les conséquences sont les suivantes:

- Les deux gouvernements entreprennent sans attendre les démarches visant à fonder un nouveau canton. Ils élaborent un concordat intercantonal qui décrit la procédure à suivre. Ce concordat prévoit l'élection d'une Assemblée constituante. Il est soumis au référendum obligatoire dans les deux cantons. En cas d'acceptation de ce concordat par les deux populations cantonales, les gouvernements organisent, dans le Jura bernois et le canton du Jura, l'élection d'une Assemblée constituante.
- Celle-ci rédige la Constitution du nouveau canton. Le texte est soumis à l'approbation de la population concernée. En cas d'acceptation, il est soumis à l'approbation de l'Assemblée fédérale.
- Dans un délai de deux ans après les votations prévues aux articles 3 et 4 de la présente déclaration, les communes du Jura bernois peuvent demander au Conseil-exécutif de soumettre au Grand Conseil les bases légales permettant l'organisation de votations communales ayant pour objet le maintien de ces communes dans le canton de Berne.

➤ Hypothèse n° 2

Si au moins l'une des deux populations régionales refuse d'attribuer aux gouvernements la compétence d'engager un processus visant à créer un nouveau canton, les conséquences sont les suivantes:

- Les deux gouvernements prennent acte du fait que la création d'un nouveau canton réunissant les territoires de l'actuel Jura bernois et de l'actuelle République et Canton du Jura n'est pas souhaitée par la population.

- Dans un délai de deux ans après les votations prévues aux articles 3 et 4 de la présente déclaration, les communes du Jura bernois peuvent demander au Conseil-exécutif de soumettre au Grand Conseil les bases légales permettant l'organisation de votations communales ayant pour objet le rattachement de ces communes à la République et Canton du Jura. Le cas échéant, les deux gouvernements engagent la procédure visant à réaliser le transfert de ces communes selon l'article 53 alinéa 3 de la Constitution fédérale.

Article 11 Aboutissement des processus

Le conflit jurassien au sens de l'Accord du 25 mars 1994 est considéré comme réglé lorsque les processus décrits dans la présente déclaration sont arrivés à leur terme. L'Accord du 25 mars 1994 devient alors caduc et l'Assemblée interjurassienne est dissoute. Si un nouveau canton ne voit pas le jour, les relations interjurassiennes sont maintenues dans un esprit confédéral. Les deux gouvernements poursuivent un dialogue de qualité.

Article 12 Engagement mutuel

Les deux gouvernements s'engagent d'ores et déjà à reprendre les négociations en vue d'aplanir les divergences, si des difficultés majeures devaient surgir dans l'un ou l'autre des cantons, dans l'application de la présente déclaration.

Berne, le 20 février 2012

AU NOM DU CONSEIL-EXECUTIF DU CANTON DE BERNE

Le président:



Bernhard Pulver

Le vice-chancelier:



Michel Walthert

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

La présidente :



Elisabeth
Baume-Schneider

Le chancelier:



Sigismond Jacquod